Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 25 Goldpfennige Reklame-Petitzeile 60 Goldpfennige amtliche Zeile 50 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto Amt Leipzig Nr. 1998

Nr. 289 — Sonntag, den 13. Dezember 1925 — 20. Jahrgang

Urteil im Fememordprozeß Grütte-Lehder.

Der neunzehnjährige Mörder. — Der Mord ist ganz in der Ordnung. Wulle, Kube, Reventlow und Gräfe.

Berlin, 11. Dez. Vor dem Schwurgericht 8 begann heute der

Mordprozeß gegen den 19jährigen Grütte-Lehder,

dem zur Last gelegt wird, im Jahre 1923 einen gewissen Dammers, der als Oberleutnant Müller auftrat, erschossen zu haben. Grütte-Lehder, der nach der Tat nach Ungarn geflüchtet ist, wurde von dort aus nur wegen Raubmordes an Deutschland ausgeliefert, jedoch nicht wegen eines politischen Verbrechens. Er selbst ist nun bemüht, seine Tat als eine politische darzustellen. Er behauptet, daß es sich um einen Fememord handelt.

In der Voruntersuchung sagte Grütte-Lehder, er sei beauftragt worden, den Heinz Dammers, der sich erboten hatte, ein

Mordkommando gegen Minister Severing

zu organisieren, zu beobachten. Er habe diesen Auftrag, der ihm von führenden völkischen Persönlichkeiten erteilt worden sei, ausgeführt und sei zu der Ueberzeugung gekommen, daß Dammers ein Spitzel sei und die Absicht habe, alles, was er erfahre und die Dokumente, die er in die Hand bekomme, an die Kommunisten oder an andere politische Gegner zu verraten. Er habe dann den Mord im Tegeler Forst begangen und die Leiche des Dammers, die erst lange nach der Tat gefunden wurde, vollkommen ausgeraubt.

Der Angeklagte, ein schmächtiger, blasser Mensch, ist bezüglich des Mordes in vollem Umfang geständig, behauptet aber, aus rein politischen Gründen gehandelt zu haben.

In mehreren Unterredungen mit den völkischen Abgeordneten Kube und Wulle

habe er diesen die Absicht angekündigt, Dammers zu beseitigen. Beide Abgeordnete seien über den Vorschlag außerordentlich erregt gewesen, hätten sich aber in einem Sinne geäußert, der darauf schließen lassen mußte, daß ihnen der Tod Dammers nicht unangenehm sei. Darauf sei er zur Ausführung geschritten. Der Angeklagte schildert dann, wie sein erster Versuch, den Dammers zu erschießen, mißglückt sei. Bei einem zweiten Ausflug nach Tegel jedoch habe er dann den Dammers durch drei Schüsse von hinten niedergestreckt und die Leiche im Gebüsch verborgen.

„Ich habe dann," so erklärt der Angeklagte, „mit maßgebenden Persönlichkeiten der Partei gesprochen und ihnen erzählt, daß Dammers von mir erschossen worden wäre. Die Personen, mit denen ich sprach,

fanden dies vollkommen in Ordnung.

Ich erhielt auch Reisespesen zu meiner Fahrt nach München."

Der Angeklagte hat nach der Tat nicht nur die Besitzgegenstände, die Dammers bei sich trug, an sich genommen, sondern auch die Koffer des Ermordeten, die in einem Hotel abgegeben worden waren, sich angeeignet. Er behauptet heute, daß er die Gegenstände habe nach Pommern bringen wollen, da ihm vor allen Dingen daran gelegen war, etwaige schriftliche Beweisstücke sicherzustellen. Diese Koffer seien aber dann durch Einbruch gestohlen und bei einem Trödler verkauft worden. Der Angeklagte bezichtigt zwei Freunde, die später gegen ihn als Belastungszeugen aufgetreten sind, als die Diebe der Koffer. Früher hatte der Angeklagte gestanden, daß er die Uhr und andere Gegenstände aus dem Besitz des Ermordeten verkauft habe, heute widerruft er dieses Geständnis. Er behauptet, daß dies damals eine falsche Selbstbezichtigung gewesen sei.

*

Zu dem Prozeß des Fememörders Grütte-Lehder gibt das „Berliner Tageblatt" Mitteilungen bekannt, die der Angeklagte im Untersuchungsgefängnis Mitgefangenen gegenüber gemacht hat. In diesen mit Datum versehenen Angaben hat Grütte-Lehder erklärt, daß außer Wulle und Kube auch die Abgeordneten

Reventlow und Gräfe Mitwisser des Mordes

seien. Er habe zwei Mittäter, aber mindestens dreißig Mitwisser gehabt. Wörtlich habe Grütte-Lehder gesagt: „Der Plan eines Mordes an Severing durch Wulle wird von mir noch herauskommen." Ebenso wisse Abgeordneter Wulle von dem Attentatsplan gegen General von Seeckt. In einer Aussprache über die Erschießung Severings habe Wulle gesagt, „solche Leute müßten unschädlich gemacht werden".

Das Urteil.

Das Schwurgericht 8 verurteilte nach etwa einstündiger Beratung den Angeklagten Robert Grütte-Lehder wegen Mordes auf Grund des Jugendgerichts-Gesetzes zu einer Strafe von acht Jahren Gefängnis unter Anrechnung von einem Jahr Untersuchungshaft. In der Urteilsbegründung heißt es u. a.: Das Gericht ist nicht im Zweifel, daß sich der Angeklagte der Tragweite der Tat bewußt war, denn er ist über das Maß seiner Durchschnitts-Altersgenossen hinaus entwickelt. Bedenken nach der rechtlichen Seite hin wegen der Auslieferung hat das Gericht nicht gehabt. Der Gerichtshof war nicht genötigt, die Frage der Auslieferung nochmals zu prüfen. Es gibt in unserem Recht nur Mord und keinen politischen Mord. Wenn der Auslieferungsstaat überzeugt ist, daß ein politisches Verbrechen nicht vorliege dann ist die Auslieferung bewirkt. Das Gericht hat die Verhältnisse, unter denen die Tat verübt worden ist, in gewissem Maße als strafmildernd betrachtet, außerdem aber auch berücksichtigt, daß dem Angeklagten nicht zu widerlegen sei, daß er subjektiv der Ueberzeugung war, daß hinter seiner Tat seine Partei billigend stehe.

Der Angeklagte gab eine Erklärung, ob er die Strafe annehmen wird, noch nicht ab.

Heute Regierungsbildung.

Berlin, 11. Dez. Es hat in politischen Kreisen Verwunderung hervorgerufen, daß der Reichspräsident von Hindenburg nicht, wie man annahm, sofort nach Bekanntgabe der sozialdemokratischen Erklärungen Dr. Luther mit der Neubildung der Regierung beauftragte, sondern den Versuch machte, die Vorverhandlungen zunächst selbst weiterzuführen.

Diese Absicht kam dadurch zum Ausdruck, daß von Hindenburg noch einmal den Volksparteiler Dr. Scholz empfing und erklärte, daß er auch Vertreter des Zentrums, der Sozialdemokraten und Demokraten noch einmal empfangen wolle.

Diese Arbeitsweise ist wohl aus dem Gedanken entstanden, Dr. Luthers Mission nicht dadurch zu erschweren, daß er vor eine außerordentlich schwierige Aufgabe — etwa die große Koalition — gestellt würde, an ihr scheitere und dann vielleicht zu dem nächsten Versuch, dem Kabinett der Mitte, untauglich würde.

Die Volkspartei verhandelt heute abend über die sozialdemokratischen Programmpunkte, und man kann hierzu wohl feststellen, daß nicht so sehr die sozialdemokratischen Programmpunkte wie gerade die sehr dehnbare Forderung nach „persönlichen Garantien" ein unüberbrückbares Hindernis werden wird, ja, wenn man einem sehr begründeten Gerücht, das in politischen Kreisen umläuft, glauben darf, schließt sich an diesen Punkt der sozialdemokratischen Persönlichkeits-Forderung noch eine sogenannte zweite Liste an, in der alle die Namen genannt sind, die den Sozialdemokraten nicht genehm sind. Zu der Liste kann, wie in volksparteilichen Kreisen erzählt wird, die Volkspartei niemals ihre Zustimmung geben.

Die Verhandlungen gestalten sich überhaupt im Augenblick besonders schwierig, weil nicht der Reichskanzler, sondern der Reichspräsident die Verhandlungsfäden in der Hand hat. Der augenblicklich erreichte tote Punkt dürfte morgen überwunden werden, wenn der Reichspräsident, wie zu erwarten ist, die Fraktionsführer zu gemeinsamer Sitzung zu sich bittet.

Berlin, 12. Dez. Zu der für heute zu erwartenden Betrauung Dr. Luthers durch den Reichspräsidenten bemerkt die „Tägliche Rundschau": Reichspräsident von Hindenburg hatte im Bewußtsein seiner hohen Amtspflichten die Initiative ergriffen. Die Parteien haben seinem Appell Folge geleistet und es besteht jetzt die Möglichkeit, sie alle an den gemeinsamen Verhandlungstisch zu bringen und festzustellen, wie weit der gute Wille zu einer Verständigung und zum Verzicht auf einseitige Forderungen reicht. Diese Feststellung aber ist Sache derjenigen Persönlichkeit, die von dem Vertrauen des Reichspräsidenten zur Regierungsbildung berufen wird. Man wird damit rechnen können, daß dann der Möglichkeit der großen Koalition rasch auf den Grund gegangen wird.

Möglichkeiten und Ansätze zur Besserung?

Von Dr. Külz, M. d. R.

Das Gesamtbild der deutschen Wirtschaft und vor allem der deutschen Industrie erscheint auf den ersten Blick überaus düster. Die Absatzschwierigkeiten scheinen nach wie vor im bisherigen Umfange zu bestehen und von einer Steigerung des Auftragsbestandes ist wenig zu merken, wohl aber mehren sich die Fälle, in denen wegen fehlenden Betriebskapitals einzelne Unternehmungen sich lohnende Aufträge entgehen lassen müssen. Die Folgen davon sind weitere Betriebsstillegungen und -einschränkungen und dementsprechend eine weitere Zunahme der Erwerbslosen und der Kurzarbeiter. Die letzten Auswirkungen dieser Depression treten zur Zeit noch gar nicht in die Erscheinung. Ist es angesichts einer solchen Gesamtlage nicht vermessen, nach Anzeichen der Besserung zu suchen? Nun, so wenig sich man der Erkenntnis des Ernstes unserer gegenwärtigen Verhältnisse verschließen soll, so sehr soll man sich doch von übertriebenem Pessimismus fernhalten. Gerade eine ernste Würdigung der Krise zwingt zur Prüfung der Frage, ob und wo Ansätze und Möglichkeiten zu einer Besserung gegeben sind.

Der sächsische Finanzminister Dr. Reinhold kennzeichnete vor kurzem in einem Vortrag in der Einzelhandelsgemeinschaft die gegenwärtige Wirtschaftskrise als eine reine Kredit- und Kapitalkrise. Das ist zweifellos richtig! Wenn sich jetzt die Reichsbank entschlossen hat, ihre stark zurückhaltende Kreditpolitik liberaler zu gestalten, so wird dadurch eine gewisse Entlastung erzielt werden können. Die deutsche Währung wird dadurch ganz gewiß keinen Schaden erleiden, auch nicht dann, wenn gegen die Hereinnahme von Auslandskrediten und Auslandsanleihen nicht mehr mit der gleichen Rigorosität wie bisher vorgegangen wird. Es ist, als ob es auf deutsche Verhältnisse zugeschnitten wäre, wenn vor kurzem der Präsident des Institute of Bankers in London, Sir John Ferguson, ausführte: „Eine weitere Einschränkung der Auslandsanleihen würde sich als eine für die Wirtschaft wenig ersprießliche Maßnahme herausstellen. Eine künstliche Goldwährung, d. h. eine solche, die durch Anleihebeschränkungen künstlich gesichert ist, ist weder für uns noch für andere Nationen von Nutzen. Eine solche Goldwährung unter der Glasglocke hat wenig Wert."

Eine weitere Milderung der Kredit- und Kapitalkrise würde durch eine Verbesserung, d. h. durch eine aktivere Gestaltung unserer Handelsbilanz erzielt werden können. Hier zeigen sich Ansätze zum Besseren. Die Oktober-Außenhandelsbilanz bestätigt, daß die Ausfuhr von Fertigwaren im Zunehmen begriffen ist, und zwar trotz Fehlens der Handelsverträge und der naturgemäß daraus entstehenden schweren Hemmungen. Die Ausfuhr von Fertigwaren hat sich im Oktober um rund 40 Millionen Mark erhöht; daß auf der Ausfuhrseite auch Lebensmittel und Getränke eine Steigerung um 19,6 Millionen Mark erfahren haben, ist im Interesse unserer Exportkapazität zwar zu begrüßen, im Interesse der Volksernährung aber an sich nicht ohne Bedenken, da Weizen, Mehl und Kartoffeln hierbei dem heimischen Konsum entzogen wurden. Diese Bedenken werden aber praktisch dadurch ausgeglichen, daß infolge der guten Ernte auf der Einfuhrseite der Lebensmittel Abnahmen um 46,6 Millionen Mark zu verzeichnen sind. Die Ziffern zeigen, daß die Inlandsproduktion in größerem Umfange als bisher den Inlandsbedarf zu decken in der Lage ist. Wenn für Wolle eine Einfuhrsteigerung von 2,5 Millionen Mark und von Baumwolle um 44,6 Millionen Mark eingetreten ist, so widerlegt dies am besten die Behauptung, daß die Textilindustrie auf erheblichen Rohstoffbeständen festsitze. Rückgänge in der Einfuhr sind vor allem bei Kupfer, Mineralölen und Tabak bemerkbar; sie sind ein Beweis für die verminderte Kaufkraft der beteiligten Industriezweige und der Konsumenten. Das Gesamtbild ist so, daß der Passivsaldo von 292,4 Millionen Mark im September auf 225 Millionen Mark im Oktober zurückgegangen ist. Bei einer vernünftigen, durch angemessene Handelsverträge geordneten Zollpolitik werden hier weitere Fortschritte erzielt werden können und zwar viel schneller und wirksamer als durch papierners und konferenzmäßige Preissenkungsaktionen.

Wenn die gegenwärtige Krisis mit Recht als eine Kapital- und Kreditkrisis zu werten ist, so ergibt sich daraus mit zwingender Notwendigkeit die Pflicht, die Wirtschaft von allen vermeidbaren Hemmungen zu befreien, die einer Kapitalneubildung entgegenstehen. Die vor wenigen Monaten vom Reichstag beschlossene Steuerreform wird diese Befreiung im möglichen und notwendigen Umfange noch nicht bringen, wenn schon ein gerechtes Urteil die Besserungen gegenüber dem Vi-